

Politiker wollen das Handwerk nicht alleine lassen

Regionale Bundestagsabgeordnete stellen sich beim Unternehmensforum der Metallbau-Innung beim Neckarsulmer Großhändler Schrade den Fragen der Handwerker. Die Gaspreisbremse soll schnell kommen, versprechen die Vertreter der Regierungsparteien.



von [Jürgen Paul](#)

09. Oktober 2022, 12:27 Uhr | Update: 09. Oktober 2022, 12:27 Uhr |



Andreas Hemmerlein (von links), Ralf von Briel, Sandra Detzer, Josip Juratovic, Valentin Abel und Alexander Throm diskutierten beim Neckarsulmer Großhändler Schrade über die aktuellen Krisen. Foto:Jürgen Paul Foto: Paul, Jürgen

Das Handwerk leidet besonders stark unter den auf breiter Front massiv gestiegenen Kosten. Denn die meisten Betriebe können diese Kostensteigerungen nicht ohne weiteres an ihre Kunden weitergeben. Dazu fehlt in praktisch allen Gewerken Personal - vom Azubi bis hin zum Meister. Von der großen Politik fühlen sich die Handwerksbetriebe in Krisenzeiten oft zu wenig beachtet. Grund genug also, die Bundestagsabgeordneten aus der Region mit den Nöten und Sorgen der Handwerker zu konfrontieren.

Betriebe stöhnen unter Kostenbelastung

Beim 1. Unternehmensforum Metall der Innung Metallbau und Feinwerktechnik Heilbronn beim Neckarsulmer Großhändler Schrade am Donnerstagabend stellen sich Alexander Throm (CDU), Josip Juratovic (SPD), Sandra Detzer (Grüne) und Valentin Abel (FDP) den Fragen von Moderator Christian Gleichauf und den versammelten Handwerkern. Wichtigstes Thema sind natürlich die immens gestiegenen Energiepreise.

Andreas Hemmerlein macht das Problem am konkreten Beispiel eines Metallbaubetriebs deutlich: Statt bisher 35.000 Euro müsste das Unternehmen künftig 155.000 Euro für seine Energie bezahlen. "Dieses Geld fehlt für Investitionen in die Transformation und die Digitalisierung", sagt der Innungsoberrmeister.

Obermeister fordert Ausbau der Energieinfrastruktur

Hemmerlein befürchtet, dass Deutschland von der Rezession in die Depression rutscht, wenn es sich nicht bald energieunabhängig macht und die Preise wieder sinken. Er schlägt einen "New Energy Deal" vor, um massiv in die notwendige Infrastruktur zu investieren. "Da darf auch die Schuldenbremse keine Rolle spielen", sagt Hemmerlein. Für Valentin Abel ist klar, dass in einer solchen Notsituation auch die verfügbaren Atomkraftkapazitäten genutzt werden müssen, ohne den Ausstieg aus der Kernenergie grundsätzlich in Frage zu stellen. Zudem fordert der FDP-Abgeordnete aus dem Wahlkreis Schwäbisch Hall/Hohenlohe mehr Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

Grüne verspricht schnelle Hilfe für Betriebe und Verbraucher

Die Bundesregierung wisse um die Sorgen der kleinen und mittleren Betriebe, versichert Sandra Detzer, Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Ludwigsburg, den Handwerkern. "Es ist uns absolut bewusst, wie existenziell die Situation für die Betriebe ist." Deshalb arbeite man daran, dass die Gaspreisbremse so schnell wie möglich kommt, sagt Detzer. Die Grünen kann sich einen Gaspreisdeckel für 75 bis 80 Prozent des Grundbedarfs vorstellen. Danach würden die marktüblichen Preise fällig, um Anreize zum Gassparen zu setzen.

Throm kritisiert "Doppelwumms"

Grundsätzliche Zustimmung erhält Detzer von Alexander Throm, der darauf verweist, dass die Ampel nun genau das einführe, was die Union bereits im Sommer vergeblich gefordert habe. Harsche Kritik übt der Heilbronner CDU-Abgeordnete dagegen am sogenannten "Doppelwumms" der Bundesregierung. "Es ist ein Fehler, 200 Milliarden Euro ins Schaufenster zu stellen, aber nicht zu wissen, wie es verteilt wird", sagt Throm. Auch wisse derzeit niemand, ob diese Summe ausreichend sei, um die Belastungen für Bürger und Unternehmen auszugleichen.

Einig sind sich die Diskutanten dagegen, dass diese Krise nicht ohne Wohlstandsverluste ablaufen wird. "Wir werden es nicht schaffen, dass niemand etwas merkt", stellt Sandra Detzer klar. Und Sozialdemokrat Josip Juratovic ergänzt: "Jeder muss seinen Beitrag leisten."

Appell Einigkeit in Deutschland und Europa

Juratovic appelliert wie auch Schrade-Geschäftsführer Ralf von Briel an die Einigkeit in der Politik, um die Krise zu meistern - sowohl in Deutschland als auch in Europa. "Man kann die energiepolitische Frage nicht in Deutschland alleine lösen", ist sich von Briel sicher. Und Juratovic fordert, dass endlich der Ernst der Lage erkannt werde. Jetzt sei nicht die Zeit für parteipolitisches Geplänkel. "Man muss den Menschen Sicherheit bieten."

Zuwanderungsfrage erregt die Gemüter

Emotional wird es beim Thema Fachkräftemangel und Zuwanderung. Josip Juratovic und Valentin Abel sprechen sich für verstärkte Zuwanderung von Arbeitskräften aus. "400 000 Fachkräfte fehlen", betont der Sozialdemokrat. Der Liberale Abel weist darauf hin, dass Deutschland als Einwanderungsland attraktiver werden müsse. "Die Menschen lecken sich nicht gerade die Finger danach, nach Deutschland zu kommen", sagt er. Alexander Throm widerspricht vehement. Aus seiner Sicht ist Deutschland ein hochattraktives Einwanderungsland. "Aber es kommen die Falschen." Deshalb plädiert der CDU-Politiker dafür, zunächst die 600 000 arbeitsberechtigten Migranten in Deutschland für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren, bevor man Menschen aus Drittstaaten anwirbt. "Mir platzt die Hutschnur", ereifert sich Juratovic. "Es kommen nicht nur Dumme, sondern viele Willige und Leistungsbereite", findet er.

Einig sind sich die Abgeordneten, dass Handwerk goldenen Boden hat. "Mit einer Handwerks-Ausbildung stehen alle Türen offen", sagt Valentin Abel. Das müsse auch in die Köpfe der Eltern rein, die ihre Kinder zu häufig in Richtung Studium drängten. Für Innungsoberrmeister Andreas Hemmerlein ist klar, dass sich angesichts der Personalknappheit bei den Löhnen im Handwerk etwas tun müsse. "Aber auch die Preise werden steigen", ist er sich sicher.

Artikel der Heilbronner Stimme vom 10.10.2022 – Stimme.de